A26-Ä1

Antrag

Initiator*innen: Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg)

Titel: **A26-Ä1: Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik**

Antragstext

Von Zeile 37 bis 39:

- ~~Steuerreformen bei der Erbschaftssteuer und der Grunderwerbssteuer zu entwickeln und umzusetzen, um eine ausreichende Gegenfinanzierung der verschiedenen Projekte sicherzustellen.~~

- eine Reform der Erbschaftsteuer und die Einführung einer Vermögensteuer für Superreiche einzufordern, um für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem zu sorgen - gegen rechtliche Schlupflöcher bei der Immobilienbesteuerung konsequent vorzugehen

Begründung

Erbschaftsteuer wie Vermögensteuer fließen den Ländern zu. Änderungen können allerdings nur auf Bundesebene erfolgen. Neben der Verbesserung der Einnahmesituation für die Länder sollte auch die Verteilung der Steuerlast in den Blick genommen werden. Eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer (die ohnehin in SH am höchsten in ganz Deutschland ist), ist dafür nicht geeignet. Dagegen sollten derzeit legale Möglichkeiten der Steuerumgehung bei Immobiliengeschäften wie Share Deals gesetzlich eingeschränkt werden.

Unterstützer*innen

Jasper Balke (KV Lübeck), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Anna Langsch (KV Kiel), Malte Krüger (KV Steinburg), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Marcel

Beutel (KV Ostholstein), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Jan Kürschner (KV Kiel), Julia Tamara Bochnik (KV Kiel), Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg), Christoph Jonischkies (KV Stormarn), Silke Schneider (KV Lübeck)